

van Essen: 2006 wurden 43.791 Mobiltelefone überwacht

Jörg van Essen | Die Online-Durchsuchungen bestimmen derzeit die öffentliche Debatte. Bereits Realität ist die Telefonüberwachung. In diesem Jahr sank die Zahl der abgehörten Telefone zwar, dennoch wurde auch 2006 in 4664 Verfahren mitgehört. Das teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage des FDP-Rechtsexperten Jörg VAN ESSEN mit.

„Die Verfahrenszahlen der Telefonüberwachung liegen damit immer noch auf einem viel zu hohen Niveau“, kommentierte der Liberale die Zahlen. Zu berücksichtigen sei auch, dass die Zahl der überwachten Mobiltelefon-Anschlüsse im letzten Jahr deutlich gestiegen ist.

Auf Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg van Essen, hatte das Bundesministerium der Justiz mitgeteilt, dass in den Bundesländern und im Geschäftsbereich des Generalbundesanwalts im vergangenen Jahr in 4.664 Verfahren Überwachungsmaßnahmen angeordnet wurden. Die Tendenz ist dabei durchaus positiv zu bewerten. Im Jahr 2005 gab es noch mehr als 4.900 Verfahren. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der abgehörten Mobiltelefone 2006 von 42.011 auf 43.791 gestiegen. Die Gesamtzahl der Verfahren sei damit seit 1996 erstmals gesunken. Dennoch seien die Zahlen nach wie vor auf einem unnötig hohen Niveau, stellte van Essen fest.

Der liberale Justizpolitiker mahnte, dass eine Telefonüberwachung „immer nur ultima ratio sein“ dürfe. Bedenklich sei zudem, dass von den Überwachungsmaßnahmen „auch immer viele Unschuldige betroffen sind, die gar nicht Gegenstand der Ermittlungen sind“. Dieser Verdacht wird auch durch die Zahlen des Justizministeriums bestätigt: In den Statistiken wird die Anzahl der unschuldig Betroffenen im Sinne der Strafprozessordnung auf 12.000 festgesetzt.

Nach Ansicht van Essens machen diese Zahlen deutlich, dass es dringend der gesetzlichen Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung bedarf. In einer für die nächste Woche angesetzten Anhörung will sich der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages mit einem Gesetzentwurf zur Reform der Telekommunikationsüberwachung befassen. Im Entwurf werde sich „leider zeigen, dass es der Bundesregierung nicht gelungen ist, die Telefonüberwachung künftig auf eine rechtsstaatlich einwandfreie Rechtsgrundlage zu stellen“, betonte der Liberale.

Die FDP-Fraktion werde sich dennoch dafür stark machen, dass insbesondere „die Rechte der Betroffenen gestärkt werden“. Widerstand wird es auch gegen die „exzessive Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung“ geben. Die angestrebte Verpflichtung von Kommunikationsunternehmen, künftig alle Verbindungsdaten pauschal und ohne Anlass sechs Monate zu speichern, lasse sich nämlich nur schwer mit den Grundrechten der deutschen Verfassung vereinbaren, unterstrich van Essen: „Die verdachtsunabhängige Speicherung aller Telekommunikationsdaten über einen so langen Zeitraum ist eindeutig unverhältnismäßig.“